

Ruhe vor dem Sturm auf dem Tahrir-Platz

Hektische Regierungsumbildung in Kairo besänftigt die Opposition nicht. Sie wartet auf Reformen – und fürchtet staatliche Gewalt

■ Die Vereidigung von insgesamt 14 neuen Ministern in Ägypten verzögert sich erneut

■ Demonstranten fordern schnellen Strafprozess gegen Ex-Präsident Mubarak

AMIRA EL AHL
KAIRO

Es sind fast 40 Grad im Schatten in Kairo, und die schwüle Hitze ist selbst für Ägypter kaum auszuhalten. Trotzdem campieren seit fast zwei Wochen wieder Tausende auf dem Tahrir-Platz. Die Aktivisten haben sich eingerichtet in ihrem Sitzstreik, haben weiße Zelte aufgebaut, für Stromversorgung gesorgt, Ventilatoren aufgestellt und sogar eine Satellitenschüssel installiert. Mit ihrem Sitzstreik wollen die Demonstranten den Druck auf den regierenden Militärrat und die Übergangsregierung unter Premierminister Essam Sharaf erhöhen. Den derzeitigen Machthabern am Nil werfen sie vor, die Revolution mit unzureichenden Reformen ausbremsen zu wollen.

Auch die Kabinettsumbildung hat die Gemüter der Demonstranten nicht beruhigen können. Die Aktivisten kreiden dem Premier an, dass es auch im neuen Kabinett etliche Minister gibt, die dem ehemaligen Machthaber Husni Mubarak nahestanden. Die Demonstranten hatten unter anderem die Absetzung des Justizministers Abdel Aziz al-Gindi verlangt, dem sie vorwerfen, die Verfahren gegen Mubarak und andere ehemalige Offizielle des Regimes zu verschleppen.

14 neue Minister sowie ein neuer Vizepremierminister sollen vor Feldmarschall Hussein Tantawi, der den regierenden Militärrat leitet, ihren Amtsiegel ablegen. Neuer Außenminister wird Mohammed Kamel Amr, das Finanzministerium übernimmt der Ökonom Hazem al-Beblawi. Auch der Posten für Militärproduktion wird neu vergeben. Sayed Meshaal war neben dem Minister für Antiquitäten, Zahi Hawass, einer der wenigen, die nach dem Sturz Mubaraks ihren Posten behalten hatten. Nun übernimmt



Auf dem Tahrir-Platz ist noch lange keine Ruhe eingekehrt. Der Aktivist Hossam Ismail befindet sich aus Protest gegen die Verschleppung der Reformen im Hungerstreik

ANGESCHLAGENER REGIERUNGSCHEF

Das erbitterte Tauziehen um die Regierungsumbildung geht auch an der Gesundheit von Regierungschef Essam Sharaf nicht spurlos vorbei. Der 59-Jährige ist nach **Kreislaufproblemen** ins Krankenhaus gebracht worden, weshalb die Vereidigung des neuen ägyptischen Kabinetts erneut verschoben werden musste. Allgemeine Erschöpfung diagnostizierten die Ärzte, ernsthaft krank sei der Premier nicht, er brauche aber etwas Erholung. Der ehemalige Professor für Straßen- und Wegebau an der Universität Kairo ist der erste zivile Regierungs-

chef in Ägypten seit dem Sturz Mubaraks. Die Opposition, der Sharaf früh seine Sympathie bekundete, hatte ihn für dieses Amt vorgeschlagen. Er gilt als integer und unbestechlich. Doch das geringe Tempo seines politischen Wirkens bisher hat bei vielen Aktivisten **Enttäuschung** hervorgerufen. Sharaf, der einen Master in Hoch- und Tiefbau von der Purdue University (US-Bundesstaat Indiana) hält, stammt aus einer **Akademikerfamilie**: Sein Vater war Professor für Tiermedizin, vier seiner Geschwister sind ebenfalls als Professoren tätig. *al*

Ali Ibrahim Sabry das strategisch wichtige Ministerium für Militärproduktion. Doch insgesamt 13 Minister des bisherigen Kabinetts werden ihren Posten behalten. Darunter der umstrittene Innenminister Mansour al-Essawy, dessen Absetzung die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz seit dem 8. Juli fordern.

„Wir wollen, dass die gesamte Regierung ersetzt wird“, sagt Sharif Ali, Mitglied der Jugendbewegung 6. April. Trotz ihrer Enttäuschung über die ihrer Mei-

nung nach nicht ausreichenden Änderungen im Kabinett des Premierministers halten sie weiter an Essam Sharaf fest. Es waren die Jugendgruppen der Revolution, die Sharafs Ernennung zum Premierminister im März forciert hatten. Die Umbildung trage Fehler der Vergangenheit, ließ die Bewegung des 6. April wissen. „Bis jetzt hat der Militärrat weder den Generalstaatsanwalt mit einem unabhängigen Richter ersetzt noch verläuten lassen, dass er den Präsiden-

ten der zentralen Prüfungsstelle entlassen will.“ Beiden wird vorgeworfen, zu den größten Nutznießern von Korruption in der Mubarak-Ära gehört zu haben. Auch die Nominierung von Ali al-Selmi als Vizepremierminister wird von den meisten Oppositionsgruppen abgelehnt. Er wird beschuldigt, mit der Mubarak-Regierung Geschäfte gemacht zu haben.

Wahrer Wandel sieht in den Augen der Demonstranten auf dem Tahrir-Platz anders aus. Essam Sharaf hatte gehofft, mit der Kabinettsumbildung die Forderungen der Aktivisten erfüllen zu können und so dem Sitzstreik ein Ende zu bereiten. Doch stattdessen scheinen die Aktivisten überzeugt denn je, dass nur mit Druck der Militärrat dazu gebracht werden kann, wirkliche Reformen einzuleiten. „Die Kabinettsumbildung hat noch nicht einmal die grundsätzlichen Forderungen der Menschen zufriedengestellt und macht deutlich, dass dieser Regierung der Willen fehlt, wirkliche Änderungen einzuleiten“, sagt Bahey al-Din Hassan, Direktor des Kairoer Instituts für Menschenrechtsstudien.

Neben der Absetzung aller Regierungsmitglieder fordern die Aktivisten, dass Mubarak und Polizeioffiziere, die für den Tod von Demonstranten während des Aufstands verantwortlich sein sollen, schnell vor Gericht gestellt werden. Immer wieder werden diese Verfahren verschoben. Vor Kurzem wurden sieben Polizisten von einem Zivilgericht freigesprochen, während seit dem Sturz Mubaraks am 11. Februar Tausende Zivilisten vor Militärgerichten in nicht öffentlichen Verfahren zu teilweise langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Viele fragen sich nun, ob Premier Sharaf, der seit seinem Antritt immer wieder betont hat, aufseiten der Revolution zu stehen, vom Militärrat gedrängt wurde, bestimmte Minister nicht zu entlassen. Oder ob er einfach kein Interesse daran hat, die Forderungen der Aktivisten umzusetzen. Eine Konfrontation zwischen den Demonstranten auf dem Tahrir-Platz und der Staatsgewalt scheint immer wahrscheinlicher. Der Militärrat erwartet nach der erneuten Kabinettsumbildung die Räumung des zentralen Platzes, doch die Aktivisten wollen erst weichen, wenn all ihre Forderungen umgesetzt werden. „Sie werden nicht mehr lange warten, dann werden sie mit Gewalt die Demonstranten vertreiben“, sagt Reem Shaheen, eine junge Designerin, die während der Revolution täglich auf dem Platz war. Die wachsende Spannung spüren viele. Auch Tamer al-Said, der abends mit Freunden Filme von den Tagen des Aufstands auf dem Platz zeigt, glaubt, dass die Militärs bald hart durchgreifen werden. Bleiben werden die meisten Aktivisten trotzdem, genauso wie Filmvorführer al-Said: „Viel leicht bin ich nächste Woche schon im Gefängnis, aber dieses Risiko müssen wir jetzt in Kauf nehmen.“

Seite 2: Ägyptens Indiana Jones

AUSLAND

AUSLAND

Israel stoppt Gaza-Schiff

Die israelische Marine hat ein Hilfsschiff mit Kurs auf den Gazastreifen aufgebracht. Die Soldaten seien ohne Gewalt an Bord der französischen Yacht „Dignité al-Karama“ gegangen, teilte ein Armeesprecher mit. Keiner der Passagiere habe Widerstand geleistet. Den 16 propalästinensischen Aktivisten und Besatzungsmitgliedern war zuvor per Funk mitgeteilt worden, dass sie in Richtung eines gesperrten Gebietes unterwegs seien. Das Schiff soll nun in den israelischen Häfen Aschdod geleitet werden. Die Armee hatte angeboten, dass die Hilfsgüter dort ausgeladen werden könnten. Ursprünglich wollte eine große Flotte von zehn Schiffen die Reise nach Gaza unternehmen. Die Flottille lag jedoch wochenlang in griechischen Häfen fest und erhielt keine Reiseerlaubnis.

LIBYEN

US-Unterhändler treffen Gaddafi-Getreue

Gesandte der US-Regierung sind mit Anhängern des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi zusammengekommen. Dabei sei „klar und deutlich“ zum Ausdruck gebracht worden, dass Gaddafi zurücktreten müsse, hieß es aus Kreisen des US-Außenministeriums. Bei dem Treffen sei nicht verhandelt worden und weitere Begegnungen seien nicht geplant. Von libyscher Seite hieß es hingegen, es werde begrüßt, den Dialog fortzusetzen. Allerdings müssten die Gespräche ohne Vorbedingungen stattfinden. Zuvor hatten bereits französische Gesandte Gespräche mit libyschen Vertretern geführt. Sie waren einen Schritt weiter gegangen und hatten neben Gaddafis Rücktritt auch gefordert, dieser müsse das Land verlassen.

SUDAN

Darfur-Rebellen kämpfen in Süd-Kordofan

Rebellen aus der westsudanesischen Konfliktregion Darfur beteiligen sich an den Kämpfen gegen die sudanesischen Armee in Süd-Kordofan. Die Region im Süden des Sudan ist der einzige Ölproduzierende Staat des Nordens. Der Glei- che Südsudan wurde vor zehn Tagen ein unabhängiger Staat. Schon seit Mai wird Süd-Kordofan von heftigen Kämpfen erschüttert, die Zehntausende in die Flucht trieben. Die UN warnen vor Kriegsverbrechen in Süd-Kordofan und klagen wie das Internationale Rote Kreuz über mangelnden Zugang zu den mehr als 70 000 Flüchtlingen in der Region. Bürgerrechtsgruppen sprechen von ethnischen Säuberungen.

USA

Erster bekennender Schwuler Richter bestätigt

Der US-Senat hat erstmals einen bekennenden Schwulen als Bezirksrichter bestätigt. Die Senatoren stimmten mit großer Mehrheit für die Ernennung von Paul Oetken zum Richter im Bezirksgericht für den Süden des Bundesstaats New York. Der Vorsitzende der Justizkommission des Oberhauses, Patrick Leahy, lobte Oetken als „ausgezeichnet qualifizierten Kandidaten“ und begrüßte seine Ernennung durch Präsident Barack Obama. Vor einem Monat hatte New York als bisher bevölkerungsreichster US-Bundesstaat die Ehe zwischen Partnern gleichen Geschlechts legalisiert. Anfang des Monats entschied zudem ein Bundesgericht, dass die US-Streitkräfte umgehend ein Verbot aufheben müssen, wonach bekennende Schwule nicht als Soldaten dienen dürfen. Die Regierung bereitet zugleich die Abschaffung der Regelung vor.

KROATIEN

Österreich liefert früheren kroatischen Premier aus

Österreich hat den mit internationalem Haftbefehl gesuchten früheren kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader an sein Heimatland ausgeliefert. Eine Polizeiskorte habe ihn von der Grenze nach Zagreb ins Remetinec-Gefängnis gebracht, berichtete ein Reuters-Reporter. Im Dezember war Sanader in Österreich festgenommen worden. Kurz zuvor hatten die kroatischen Behörden seine Immunität aufgehoben. Das Verfahren gegen Sanader gilt als ein wichtiger Schritt Kroatiens in seinen Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Dem Politiker werden Amtsmissbrauch und die Beteiligung an kriminellen Machenschaften vorgeworfen. Sanader war von 2004 bis 2009 Ministerpräsident Kroatiens.

BIRMA

Suu Kyi ehrt ihren 1947 ermordeten Vater

Zum ersten Mal seit neun Jahren hat die birmanische Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi an einer Feier zum Gedenken an ihren ermordeten Vater, den Unabhängigkeitskämpfer General Aung

San, teilgenommen. In der Hauptstadt Rangun legte die 66-Jährige vor dem Mausoleum der Märtyrer gelbe und rote Rosen nieder. Ein massives Polizeiaufgebot war zu den Feierlichkeiten zum sogenannten Märtyrertag aufmarschiert. General Aung San, damaliger Ministerpräsident des Landes, und mehrere seiner Minister waren am 19. Juli 1947 ermordet worden. Nur wenige Monate später wurde Birma offiziell unabhängig. Die Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi war im November 2010 aus jahrelangem Hausarrest entlassen worden. Die Oppositionspolitikerin verbrachte die meiste Zeit der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest oder in Haft.

CHINA

Peking: „Terroranschlag“ in Unruheprovinz

Nach dem Blutbad in der Unruheprovinz Xinjiang sprechen amtliche chinesische Stellen von einem „organisierten Terroranschlag“. Die Zahl der Toten bei dem Angriff auf eine Polizeistation in der Stadt Hotan war aber noch unklar. Nach Angaben chinesischer Staatsmedien waren zwei Mitglieder der Sicherheitskräfte, zwei Geiseln sowie „mehrere Aufhänger“ getötet worden. Hingegen berichteten exil-ugurische Gruppen, chinesische Sicherheitskräfte hätten 20 Menschen erschossen. Nach Angaben des Sprechers des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren, Dilxat Rexit, sind mehr als 70 Menschen festgenommen worden. Zwölf seien verletzt worden. Es habe vor dem Angriff auf die Polizeistation einen Protestversuch gegeben, der gewaltsam unterdrückt worden sei. Die Uiguren hätten gegen Landenteignungen und das Verschwinden von Angehörigen protestieren wollen. Dabei hätten chinesische Sicherheitskräfte bereits das Feuer eröffnet, was zu den Zwischenfällen geführt habe.

DAS PORTRÄT



Eine Mexikanerin in Ahrensburg

Sie ist nicht die einzige Außenministerin in Lateinamerika und war auch nicht die erste in Mexiko, schließlich haben sich die Frauen der Region seit Langem einen festen Platz in der Politik erobert. Aber **Patricia Espinosa** hat ihre Stellung an der Seite von Präsident Felipe Calderón besonders gut genutzt, um die außenpolitischen Spielräume Mexikos zu erweitern. Die ehemalige Botschafterin in Wien knüpfte dort ein enges Netzwerk zu verschiedenen internationalen Organisationen. Davor war sie Botschafterin in Berlin. Es war ihr Lieblingsposten, denn zu Deutschland hat sie starke emotionale Bindungen: Die aus bescheidenen Verhältnissen stammende Schülerin der Alexander-von-Humboldt-Schule in Mexiko-Stadt kam für ein Jahr zum Schüleraustausch nach Ahrensburg. Mitgebracht hat sie exzellente Deutschkenntnisse und Liebe zur guten Organisation. Das merkte man Ende 2010, als die Weltklimakonferenz in Cancún – dank ihrer straffen Verhandlungsführung – erfolgreich zu Ende gebracht wurde. Bei seinem zurückliegenden Besuch in Lateinamerika machte Außenminister Westerwelle nach Bogotà auch in Mexiko Station. Dass dabei auch ein Besuch der Deutschen Schule auf dem Programm stand, überrascht nicht: Förderung des engen Austauschs in Forschung und Lehre bringen zwar wenig Schlagzeilen, dafür aber dauerhafte Gewinne für beide Seiten. Eigentlich sollte Espinosa im Oktober in Berlin mit dem Quadriga-Preis geehrt werden, die Vergabe der insgesamt vier Auszeichnungen wurde aber wegen der Kritik an dem Preisträger Wladimir Putin abgesagt. *Stg.*

Ein letzter Dienst für Spanien

Nun fordert sogar die linke Presse, der Sozialist Zapatero möge doch zurücktreten

■ Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einer Rekordhöhe von zwanzig Prozent

UTE MÜLLER
MADRID

Klarere Worte hätte Spaniens linksliberale Tageszeitung „El País“ nicht finden können. „Ein Zyklus geht zu Ende – wenn Herr Zapatero seinem Land einen letzten Dienst erweisen will, sollte er so bald wie möglich zurücktreten“, hieß es in einem Leitartikel zu Beginn dieser Woche. Die Forderung ist geradezu revolutionär, schließlich stand das auflagenstärkste Blatt des Landes in seiner 35-jährigen Geschichte stets den Sozialisten nah, in guten wie in schlechten Zeiten. Davon konnte Spaniens legendärer Premierminister Felipe González (1982 bis 1996) selbst noch in der Endphase seiner langen Regierungszeit, als die Wirtschaft längst auf Talfahrt gegangen war und die Partei durch Korruptionsfälle belastet wurde.

Nicht so der glücklose José Luis Rodríguez Zapatero. Dem amtierenden Regierungschef laufen jetzt offenbar selbst die letzten Verbündeten weg. In den Frühstunden des spanischen Radios liefen sofort nach Veröffentlichung des Leitartikels die Drähte heiß, mögliche vorgezogene Neuwahlen waren auch das beherrschende Thema in den Talk Shows im Fernsehen. „Es ist eine Schande, wie unser stolzes Land vor sich hinsieht“, klagte etwa die Lehrerin Mercedes, „das muss endlich ein Ende haben.“ Es war der Tenor des Vormittags.

Eigentlich endet die Amtszeit des 50-Jährigen turnusgemäß erst im März 2012. Allerdings hat der wegen der Wirtschaft- und Schuldenkrise schwer angeschlagene Ministerpräsident schon vor Monaten angekündigt, dass er nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidieren, wohl aber die Legislaturperiode ausschöpfen will, um den „Reformprozess zu Ende zu bringen“. Doch solange wollen viele Spanier nicht mehr warten, längst ist ihnen der Geduldssaden gerissen. Kein Wunder, die Arbeitslosigkeit verharrt auf einer Rekordhöhe von zwanzig Prozent, die Jugend des Landes ist doppelt stark betroffen. Die jungen „Empörten“ laufen angesichts fehlender Zukunftsperspektiven regelmäßig in den großen Städten des Landes gegen die herrschende politische Klasse Sturm und fordern eine „echte Demokratie“.

Die hatte Zapatero versprochen, doch hat sich in den vergangenen Monaten so gut wie nichts bewegt. Der Premier verharrt in einer Art Schreckstarre und hat die Zahl seiner öffentlichen Auftritte merklich reduziert. „Zapateros Reformen kamen immer zu spät und griffen nicht, weil sie von vorneherein nicht ambitioniert genug waren“, urteilte denn auch „El País“. Niemand traut dem Ministerpräsidenten, der jetzt auf seine Ferien verzichtet und durcharbeiten will, noch irgendwelche vernünftigen Entscheidungen zu.

Auch immer mehr Unternehmer fordern unumwunden vorgezogene Neuwahlen, um der Agonie des Landes und der Stagnation der Wirtschaft ein Ende zu setzen. Angeführt wird die Revolte von Francisco González, dem Chef der zweitgrößten spanischen Bank BBVA.

„Spanien braucht eine starke, entscheidungsfähige Regierung. Wir müssen uns von der Liga trennen, die uns nicht interessiert, von den Griechen, Portugiesen und Iren und zu Ländern wie Frankreich, Deutschland und Holland aufschließen“, so der 67-Jährige, der zu den einflussreichsten Persönlichkeiten des Landes zählt. Die Worte finden nicht nur bei der oppositionellen Volkspartei (PP) Beifall.

Auch viele alt gediente Sozialisten wittern eine baldige Wende und obwohl niemand es wagt, Zapateros' sofortigen Rücktritt zu fordern, hat das Sessellücken bereits begonnen. Vorgangene Woche legte Alfredo Pérez Rubalcaba, bisheriger Vizepremier, Innenminister und Regierungssprecher all seine Ämter nieder, um sich auf seine neue Aufgabe zu konzentrieren. Er soll nämlich als frisch gekürter Spitzenkandidat der Sozialisten bei den nächsten Wahlen antreten. Doch selbst der clevere Strategie wird das Blatt kaum wenden können, ein kla-

„Als Zapatero das erste Mal antrat, war er ein Hoffnungsträger. Jetzt ist er ein Konkursverwalter“

Beatriz Simó, Ex-Stammwählerin der Sozialisten